

13

85

Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage
NRW

Bonn, den 11. April 1985

40
JAHRE

CDU

„40 Jahre CDU“

In diesem Jahr feiert die CDU in vielen Städten und Gemeinden ihr 40jähriges Bestehen. Dies ist für die Gliederungen unserer Partei eine hervorragende Möglichkeit, zum einen die positiven Leistungen der gesamten CDU in den zurückliegenden 40 Jahren aufzuzeigen, zum anderen aber auf Veranstaltungen und mit sonstigen Maßnahmen auf die eigene Geschichte der Partei hinzuweisen.

Um eine große öffentliche Wirkung zu erzielen, bietet es sich an, Veranstaltungen auf allen Ebenen der Partei durchzuführen. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bereitet aus diesem Grund eine breit angelegte Informationskampagne zur 40jährigen Wiederkehr der Gründungstage vor:

Wanderausstellung

Je einmal wird für rund eine Woche in allen Landesverbänden ab Juni 1985 in einem attraktiven Zelt eine Wanderausstellung der CDU-Bundesgeschäftsstelle gezeigt, die 40 Jahre CDU an Hand politischer Plakate darstellt. Repräsentativ ausgewählte Plakate aus allen Wahlkämpfen und kurze Textbeiträge geben ein ausführliches Bild der Geschichte der CDU wieder.

Kreisverbandsausstellung

Alle CDU-Kreisverbände werden die Möglichkeit haben, zu ihrer Jubiläumsveranstaltung und für andere Gelegenheiten ebenfalls die Geschichte der CDU optisch anschaulich präsentieren zu können. Plak motive und Texte werden — auf leicht aufstellbare Wandelemente aufgezogen — von der CDU-Bundesgeschäftsstelle als komplettes, transportables „Ausstellungspaket“ angeboten: Die selbststehen-

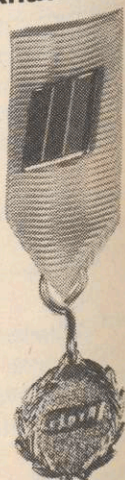
den, großflächigen Wandelemente können in jedem geeigneten Innenraum frei aufgestellt werden. Die gesamte Ausstellung umfaßt 30 Stellwände von ca. 70 cm Breite und 180 cm Höhe. Sie wird den Kreisverbänden zu einem günstigen Preis angeboten werden. Detaillierte Angaben über die Ausstellung erfolgen in Kürze im UiD.

Urkunde und Anstecknadel

Den örtlichen Parteigliederungen werden eine neue Urkunde und eine Anstecknadel angeboten, mit denen Jubilare geehrt werden können. Urkunde und Anstecknadel sind mit dem neu entwickelten Zeichen „40 Jahre CDU“ graphisch interessant und ansprechend gestaltet und bieten eine repräsentative Gabe zur Würdigung verdienstvoller Gründungsmitglieder.

Set: Urkunde 40 Jahre,
Anstecknadel 40 Jahre

Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 21,— DM
Bestell-Nr.: 0644



Auf dem 33. Bundesparteitag in Essen ehrte Bundeskanzler Helmut Kohl bereits eine Gruppe von Gründungsmitgliedern aus den Landesverbänden stellvertretend für die anderen Jubilare. In seiner Rede sagte er zur Geschichte der CDU:

„Wir können heute sagen, daß das mutige Experiment der Gründung einer großen Volkspartei gelungen ist. Die Union hat damit einen ganz entscheidenden Beitrag zur Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland geleistet.“

Ein entscheidender Anstoß zur Gründung der CDU kam — das will ich immer wieder sagen, auch und gerade unseren jüngeren

40 JAHRE CDU

*Für engagierte Mitarbeit beim Aufbau der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands
zur großen deutschen Volkspartei
und aktive Verbundenheit
in 40 Jahren danken wir*

*unserem verdienten
Gründungsmitglied*

W. Stam
Der Bundesvorsitzende

Der Landesvorsitzende

Der Kreisvorsitzende

Freunden — aus der Erfahrung im Widerstand gegen die totalitäre Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten. Viele von denen, die unsere Partei gründeten und aufbauten, hatten in jener Zeit ihr Leben eingesetzt. Von den 35 Unterzeichnern des Berliner Gründungsaufrufs waren 17 in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches gewesen; zwei kamen aus den Todeszellen in Plötzensee. Am 11. Januar 1945 war Andreas Hermes vom Blutgericht Roland Freislers zum Tode verurteilt worden. Kaum ein halbes Jahr später, im Juni 1945, wurde er zum ersten Vorsitzenden der Berliner Gründung der Christlich Demokratischen Union gewählt. Nach seiner Befreiung aus der Todeszelle erfüllte Andreas Hermes mit seinem Engagement für die Union auch den Auftrag hingerichteter Freunde und Weggenossen wie Eugen Bolz, Bernhard Letterhaus, Nikolaus Gross und Josef Wirmer.

Liebe Freunde, gerade hier in Essen schauen wir auch zurück auf die Gründung der CDU im Rheinland. Das Kölner Programm vom Juni 1945 spricht einen ganz wesentlichen Grundsatz künftiger Politik der Union an: gegen jede totalitäre Versuchung von links oder rechts wachsam zu sein.

Im Blick auf den 40 Jahrestag des 8. Mai 1945 im Jahre 1985 war es und ist es unsere Überzeugung, daß, wie es im Programm von 1945 heißt, „die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Ver-sündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.“

Das war, das ist und das bleibt ein zentraler Grundsatz christlich-demokratischer Politik!“

Eigene Aktionen planen

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bittet alle Kreisverbände, ihrerseits so bald wie möglich Überlegungen anzustellen, wie sie in ihrem Bereich die 40jährige Wiederkehr des Gründungstages ihres Verbandes in angemessenem Rahmen begehen können. Die Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit hilft gerne, Fragen nach Mitgliedern in Kreisverbänden, die der CDU vor 40 Jahren beigetreten sind, zu beantworten. ■

Arbeitslosenzahl rückläufig

Die Zahl der Arbeitslosen geht zurück. Gegenüber dem Vormonat sind über 136 000 Arbeitslose weniger zu verzeichnen. Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung schlägt sich auch in der Zahl der offenen Stellen nieder. Erfreulich ist auch, daß die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen und die der Kurzarbeiter ebenfalls abgenommen hat.

■ WELTRAUMPROGRAMM

Stellungnahme der Bundesregierung zur Strategischen Verteidigungsinitiative

Die am 12. März 1985 aufgenommenen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen, mit denen die beiden Großmächte den Wunsch nach einer allgemeinen Verbesserung ihrer Beziehungen verbunden haben, eröffnen neue Möglichkeiten für die West-Ost-Beziehungen insgesamt. Ein stabileres Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion ist entscheidend für eine gedeihliche Entwicklung in Europa. Es besteht jetzt die Chance, auf der Grundlage der bestehenden Verträge und des KSZE-Prozesses zu stabileren und dauerhafteren West-Ost-Beziehungen zu kommen, die eine positive Entwicklung auch im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereich einschließen. Gerade wir Deutschen haben ein besonderes Interesse an Verbesserungen für die Menschen in unserem geteilten Land.

Diese Entwicklung bestätigt das von der Bundesregierung nachdrücklich vertretene Harmel-Konzept des westlichen Bündnisses, das für einen konstruktiven Dialog und umfassende Zusammenarbeit auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit eintritt.

Als Ergebnis des Treffens zwischen Außenminister Shultz und Außenminister Gromyko wurde am 8. Januar 1985 u. a. folgendes vereinbart:

„Beide Seiten stimmten überein, daß das Thema der Verhandlungen ein Fragen-

komplex sein wird, der Weltraum- und Kernwaffen, sowohl strategische als auch Mittelstreckenwaffen, betreffen wird, und zwar mit all den Fragen, die in bezug auf deren wechselseitiges Verhältnis in Erwägung gezogen und gelöst werden müssen.

Das Ziel der Verhandlungen wird sein, wirksame Abkommen auszuarbeiten, die darauf abzielen, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde selbst zu beenden und die Kernwaffen zu begrenzen und zu verringern sowie die strategische Stabilität zu stärken.“

Die Bundesregierung unterstützt die in dieser Erklärung festgelegten Verhandlungsziele.

Nach Auffassung der Bundesregierung muß es im Einklang mit den in Genf formulierten Verhandlungszielen darum gehen,

■ einen Rüstungswettkampf im Weltraum zu verhindern und auf der Erde zu beenden und die strategische Stabilität zu festigen,

■ die nuklearen strategischen und Mittelstreckenraketen drastisch zu reduzieren und zu begrenzen, was auch der Präambel des ABM-Vertrages sowie Art. VI des Nichtverbreitungsvertrages entspricht,

■ die beiderseitigen Forschungen auf dem Gebiet neuer Raketenabwehrsysteme und die Probleme der Antisatellitensysteme in kooperative Lösungen einmünden zu lassen,

■ den ABM-Vertrag zu bekräftigen, so-

lange keine anderweitigen gemeinsamen Vereinbarungen getroffen worden sind.

Die Bundesregierung verweist in diesem Zusammenhang auf die Aussage der Erklärung vom 8. Januar 1985, daß die in Genf zur Verhandlung anstehenden Fragen in ihrem „wechselseitigen Verhältnis“ erwogen und gelöst werden sollen. Dabei wird dem Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivwaffen für die Stärkung der Stabilität besondere Bedeutung zukommen.

Die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und des Bündnisses ist und bleibt Politik der Verhinderung einer jeden Art von Krieg. Alle unsere Anstrengungen im Bereich von Abschreckung und Verteidigung wie von Abrüstung und Rüstungskontrolle sind auf dieses Ziel der Kriegsverhinderung gerichtet.

Die Bundesregierung hält es für entscheidend wichtig, daß das gesamte Spektrum des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost in den Rüstungskontrolldialog einbezogen ist: Keine Waffenart sollte von Verhandlungen ausgenommen sein. Wir wollen konkrete Fortschritte bei:

- den Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR),
- der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa,
- den Verhandlungen über das völlige weltweite Verbot der chemischen Waffen in der Genfer Abrüstungskonferenz.

Präsident Reagan hat wiederholt deutlich gemacht, daß es sich bei der Strategischen Verteidigungsinitiative um ein ausschließlich auf Verteidigung gerichtetes, längerfristiges Forschungsprogramm handelt, dessen Ziel es ist, Möglichkeiten für die Entwicklung neuartiger, nichtnuklearer Abwehrsysteme gegen ballistische Raketen zu untersuchen. Es soll festgestellt

werden, ob es technologisch möglich wäre, durch neue Defensivsysteme, die auch die Verbündeten der USA schützen würden, die Bedrohung durch ballistische Raketen abzubauen.

Die Bundesregierung begrüßt die Feststellung der US-Regierung, daß

- mit der Strategischen Verteidigungsinitiative keine Überlegenheit angestrebt wird,
- die Ergebnisse der Forschungsphase abgewartet werden müssen, bevor Entscheidungen gefällt werden können, die über die Forschung hinausgehen und
- sie zu kontinuierlichen und intensiven Konsultationen mit ihren Verbündeten bereit ist.

Der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen (ABM) von 1972 läßt Forschungsarbeiten zu. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion seit langem neue Technologien erforscht, die zur Raketenabwehr genutzt werden könnten; darüber hinaus verfügt die Sowjetunion über das einzige funktionsfähige ABM-System und modernisiert es. Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten ist deshalb gerechtfertigt.

Wir sind uns mit den Bündnispartnern auch darin einig, daß

- die Strategie der flexiblen Reaktion für das Bündnis unverändert wirksam bleiben muß, solange es keine für das Ziel der Kriegsverhinderung wirksamere Alternative gibt,
- die politische und strategische Einheit des Bündnisses gewahrt bleiben muß,
- die Sicherheit Europas nicht von der Sicherheit der Vereinigten Staaten abgekoppelt werden darf,
- das konventionelle Ungleichgewicht in Europa abgebaut werden muß.

■ EUROPA

Süderweiterung der EG eine historische Etappe

Zur EG-Einigung über die Süderweiterung erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl: „Die Verhandlungen über den Beitritt Spaniens und Portugals haben endlich zum Erfolg geführt. Der Weg zur Unterzeichnung der Beitrittsverträge ist geöffnet. Wir begrüßen es, daß nun zwei Völker Europas im Kreis der EG aufgenommen werden können, die die europäische Geschichte, die europäische Kulturlandschaft ganz wesentlich mitgestaltet haben; es ist aber auch für die Europäische Gemeinschaft ein ganz wichtiger historischer Augenblick, daß die Iberische Halbinsel jetzt in die Gemeinschaft kommt.“

Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, erklärte zur Süderweiterung der EG:

Die EVP-Fraktion begrüßt nachdrücklich den erfolgreichen Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal. Der Beitritt dieser beiden Länder bedeutet

Die Bundesregierung begrüßt es, daß über alle Themen der Genfer Verhandlungen und über die Strategische Verteidigungsinitiative betreffende Fragen intensive Konsultationen der amerikanischen Regierung mit den Bündnispartnern stattfinden. Sie sind für uns unverzichtbar und unterstreichen, welche Bedeutung die Vereinigten Staaten der Übereinstimmung mit ihren Bündnispartnern beimessen.

Die Bundesregierung wird diese Konsultationen im Bündnis zur Stärkung der westli-

eine wesentliche Bereicherung der Gemeinschaft. Es war die EVP, die Christlichen Demokraten Europas, die bereits 1977 die Forderung erhoben, Spanien und Portugal in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen. Im Gegensatz zu der schwankenden Haltung anderer politischer Gruppierungen hat die EVP von diesem Ziel niemals abgelassen. Die in der vergangenen Nacht erfolgreich beendeten Verhandlungen bestätigen diese klare Linie der europäischen Christdemokraten. Der Erfolg wurde möglich dank der Beharrlichkeit derjenigen, die Spanien und Portugal als Mitglieder der Gemeinschaft zu sehen wünschten.

Wie bisher schon in der Gemeinschaft, so wird es auch künftig immer wieder erneuter Anstrengungen bedürfen, um die Probleme zu lösen, denen sich Europa gegenübersieht. Der Wille zur Einigung ist die Voraussetzung dafür, daß sie bewältigt werden können. In diesem historischen Augenblick aber richten die europäischen Christdemokraten an die Bürger Spaniens und Portugals ein herzliches Willkommen im Europa der zwölf. Der Beitritt der beiden Länder macht die Gemeinschaft nicht nur größer, er stärkt die europäische Demokratie, er stärkt unsere gemeinsame Sicherheit, er hilft dem wirtschaftlichen Wiederaufschwung und dient dem Wohlstand aller Bürger unserer Gemeinschaft. ■

chen Verhandlungsposition und im Interesse der Einheit der Allianz nutzen.

Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die ökonomischen und technologischen Aspekte des SDI-Forschungsprogramms kontinuierlich verfolgen und bewerten.

Sie wird sich auch mit Blick auf die Strategische Verteidigungsinitiative weiterhin darum bemühen, daß die Europäer eine gemeinsame Haltung in die Konsultationen einbringen.

■ ABGASARMES AUTO

Brüsseler Einigung dient der Umwelt und sichert Arbeitsplätze

In einer Regierungserklärung am 28. März 1985 erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann über die Brüsseler Einigung vom 21. März 1985 zur Einführung des umweltfreundlichen Autos:

Die Bundesregierung hat in Brüssel folgendes erreicht:

1. Bereits ab 1. Juli 1985 beginnt in Europa die freiwillige Einführungsphase des umweltfreundlichen Autos. Wir erwarten von der Kommission am 2. April, daß wir — wie von der Bundesregierung vorgesehen — Steuererleichterungen als Kaufanreiz gewähren können. (Die Kommission hat inzwischen zugestimmt.)

2. Ab 1. Oktober 1988 wird das umweltfreundliche Auto EG-weit eingeführt.

3. Die Richtlinie über bleifreies Benzin konnte verabschiedet werden. Im einzelnen sieht die Brüsseler Einigung folgendes vor:

■ Neufahrzeuge neuer Modelle von über 2 l Hubraum müssen ab 1. Oktober 1988 eine neue scharfe europäische Abgasnorm einhalten, die im Juni von der EG noch im Detail festzulegen ist.

■ Ein Jahr später wird diese Regelung für alle Nutzfahrzeuge über 2 l verbindlich, also auch für die dann auf dem Markt bereits befindlichen Modelle. Darauf wird sich die europäische Automobilindustrie in ihrer Modellpolitik ab sofort einstellen müssen.

■ Für die Fahrzeuge von 1,4 bis 2,0 l Hubraum wird mit einer zeitlichen Verset-

zung von 2 Jahren bei neuen Modellen bzw. von 4 Jahren bei allen Neufahrzeugen, also ab 1. Oktober 1991 bzw. 1. Oktober 1993 ebenfalls eine neue europäische Norm verbindlich, die in ihren Auswirkungen auf die Umwelt ebenfalls den US-Werten gleichwertig sein muß.

■ Für die Fahrzeuge unter 1,4 l werden verschärfte Werte in zwei Stufen eingeführt: Für diese Fahrzeuge ist ebenfalls eine eigene europäische Norm als 1. Stufe ab 1990/91 vorgesehen. Diese 1. Stufe wird zwar hinter den US-Werten zurückbleiben. Sie wird aber eine deutliche Verbesserung um ca. 30% gegenüber den derzeit geltenden EG-Grenzwerten bringen.

In 1987 muß die EG über eine zweite, wesentlich verschärfte Stufe beschließen, die spätestens 1993 für alle neuen Modelle bzw. 1994 für alle Nutzfahrzeuge verbindlich wird.

■ Fahrzeuge über 1,4 l Hubraum können danach mit einem Höchstbetrag von 2200,— DM bis zu 7 Jahren von der Kraftfahrzeugsteuer freigestellt werden, wenn sie die neue europäische Norm, die in ihren Auswirkungen auf die Umwelt den US-Werten entspricht, erfüllen.

■ Fahrzeuge mit weniger als 1,4 l Hubraum können ebenfalls steuerlich mit einem Betrag bis zu 750,— DM gefördert werden, wenn sie die Grenzwerte der 1. Stufe um mindestens 15% unterschreiten.

■ Über eine steuerliche Förderung der Stufe 2 wird die Bundesregierung entscheiden, wenn 1987 die Grenzwerte für

diese Stufe von der EG beschlossen worden sind.

Die steuerliche Förderung der Umrüstung von Altfahrzeugen wird von der Brüsseler Einigung im wesentlichen nicht berührt. Sie wird wie geplant ablaufen, wobei für Fahrzeuge unter 1,4 l noch eine gewisse Anpassung an den EG-Beschluß vorgenommen wird. Insbesondere bleibt bei den Altfahrzeugen das vorgesehene Zweistufenkonzept für die Förderung voll erhalten.

Gleiches gilt für die steuerliche Begünstigung des bleifreien Benzins durch Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin um 2 Pfennig und Erhöhung der Mineralölsteuer für verbleites Benzin um ebenfalls 2 Pfennig ab 1. April 1985.

Darüber hinaus haben sich die EG-Staaten verpflichtet, ab 1. Oktober 1989 bleifreies Benzin in ausreichender Menge anzubieten.

Die Bundesrepublik wird bis Ende des Jahres mit mehr als 2000 Zapfsäulen über ein flächendeckendes Netz an bleifreien Tankstellen verfügen. Bereits jetzt sind es weit über 1000.

Ebenfalls bieten Österreich, die Schweiz, die Niederlande, Dänemark und Schweden bereits heute bleifreies Benzin an. Italien wird bald folgen.

Auch verschiedene osteuropäische Länder haben ab 1986 verbindliche Zusagen gemacht.

„National hätten wir nur den Kraftfahrzeugbestand der Bundesrepublik von ca. 23 Mio. Pkw mit dem entsprechenden Zuwachs der nächsten Jahre erfassen können.“

Zimmermann weiter: „National nicht erfaßt hätten wir die Millionen ausländischer Fahrzeuge, die jährlich von ausländischen Touristen für den Transitverkehr oder für einen Urlaub in der Bundesrepublik genutzt werden. EG-weit werden wir jetzt

fast 100 Mio. Fahrzeuge erfassen mit den entsprechenden Zuwachsraten in diesen Ländern.

Die Kritiker der Brüsseler Einigung möchte ich an die Geschichte der Abgasreduzierung in Europa erinnern. 1971 hatte sich die damalige Bundesregierung das vollmundige Ziel gesetzt, innerhalb von 10 Jahren die Abgaswerte um 90% im Vergleich zu 1969 zu verringern.

In den folgenden zehn Jahren hat die frühere Bundesregierung dieses Ziel nicht einmal annähernd durchsetzen können, obwohl die USA und Japan in dieser Zeit das Ziel erreicht haben.

Vielmehr hat die damalige SPD-geführte Bundesregierung nach gewissen hoffnungsvollen Ansätzen in der Mitte der 70er Jahre all diese Dinge plötzlich abrupt abgebremst und stoppt.“

Den Erfolg nicht zerreden

Abschließend sagte der Innenminister: „Als wir vor 1¾ Jahren im Sommer 1983 begonnen haben, waren drei Ziele maßgebend:

1. Zugunsten des Umweltschutzes so schnell wie möglich handeln (Freiwilligkeit).
2. Als Auto-Exportland EG-gemeinsam vorgehen.
3. Endgültige Termine festlegen.

Diese Ziele hat die Bundesrepublik konsequent verfolgt und erreicht.

Wir haben selbstverständlich einen Kompromiß geschlossen. Dieser Kompromiß ist aber nach der Nullphase des vergangenen Jahrzehnts ein Erfolg für die europäische Umweltpolitik.

Jetzt geht es darum, diesen Erfolg nicht zu zerreden, sondern die in ihm liegenden Chancen konsequent zu nutzen.

Die Bundesregierung wird hierzu das ihre tun.“

■ WOHNUNGSBAU

Wohneigentum soll künftig besser gefördert werden

Das Bundeskabinett hat den „Gesetzentwurf zur steuerlichen Neuregelung der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums“ verabschiedet. Bundesbauminister Oscar Schneider erklärte, die von der Bundesregierung beschlossene Neuregelung werde die steuerliche Eigentumsförderung im Wohnungsbau auf Dauer verbessern und vor allem Familien mit Kindern den Zugang zum Wohneigentum erleichtern. Die Entscheidung sei frühzeitig — knapp zwei Jahre vor ihrem Wirksamwerden — getroffen worden, um Bauwilligen die notwendige Klarheit über die steuerlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie werde einen Beitrag zur Verstärkung der Bau nachfrage leisten.

Grundelement der Neuregelung, so Schneider, sei der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung beim selbstgenutzten Wohneigentum. Damit sei ein Ziel erreicht worden, das die Wohnungspolitik schon seit Jahrzehnten anstrebe. Millionen von Hauseigentümern und die Finanzverwaltungen würden dadurch wesentlich entlastet. Nach Abschluß der Förderphase habe der Eigentümer in diesem Bereich mit dem Finanzamt nichts mehr zu tun.

Wesentlich, so Schneider, sei für ihn auch der Hinweis, daß es sich bei der Neuregelung nicht um ein reines Neubauprogramm handele, sondern um die Umsetzung eines vermögenswirksamen Kon-

zepts, in dem der Erwerb aus dem Wohnungsbestand in gleichem Maße gefördert werde wie der Neubau. Dieses Konzept trage der Normalisierung auf dem Wohnungsmarkt voll Rechnung. Es werde in vielen Fällen die Mieter in den Stand setzen, Eigentümer ihrer Wohnung zu werden.

Bauentscheidungen nicht aufschieben — Besondere Vorteile für das Zweifamilienhaus noch bis Ende 1986

Viele Bauwillige, so Minister Schneider, knüpften an die jetzige Entscheidung der Bundesregierung die Frage, ob es sinnvoll sei, mit einer Bauentscheidung auf das Inkrafttreten der Neuregelung zum 1. Januar 1987 zu warten. Bei dieser Entscheidung dürfe man nicht außer acht lassen, daß gegenwärtig noch die besondere steuerpolitische Förderung des wohnungspolitischen Sofortprogramms in Anspruch genommen werden könne. Hervorzuheben sei insbesondere die Möglichkeit, 3 Jahre lang zusätzlich zum geltenden Paragraphen 7b jährlich Schuldzinsen bis zu 10000 DM steuerlich absetzen zu können. Für eine Vielzahl von Eigenheimern sei diese geltende Regelung für Neubauten ebenso günstig oder gar günstiger als die Neuregelung. Zudem müsse man beachten, daß ein Hinausschieben der Bauentscheidung bis 1987 zusätzliche Zins- und Baukostenrisiken in sich berge, die schnell die verbesserte Förderung aufzehren könnten.

In besonderem Maße gelte der Rat, jetzt

zu bauen, für diejenigen, die beabsichtigen, ein weitgehend selbstgenutztes Zweifamilienhaus zu errichten. Die damit verbundenen besonderen steuerlichen Vorteile könne nur noch der nutzen, der vor dem 1. Januar 1987 ein entsprechendes Objekt fertigstelle oder erwerbe.

Direktförderung ergänzt steuerliche Erleichterung

Gegen die steuerliche Förderung, so Minister Schneider, werde immer wieder kritisch eingewandt, daß dadurch Familien mit höherem Einkommen stärker begünstigt würden als Familien mit geringem Einkommen, die aber in besonderem Maße für den Eigentumserwerb auf die Förderung angewiesen seien. Diese Kritik lasse außer acht, daß für Haushalte mit geringem Einkommen die steuerliche Förderung durch die direkte Förderung im Rahmen der Eigentumsprogramme des sozialen Wohnungsbaus ergänzt werde. Für ihn sei diese ergänzende Förderung im sozialen Wohnungsbau unverzichtbar. Die Einbeziehung der direkten Hilfen mache deutlich, daß die Behauptung, die Wohnungsbauförderung der Bundesregierung helfe nur Beziehern höherer Einkommen, falsch sei. Im Gegenteil: gerade einkommensschwache, kinderreiche Familien erhielten auf diesem Weg die höchste Förderung.

Das Zusammenwirken der Direktförderung und der neuen steuerlichen Förderung machen folgende Beispiele deutlich:

Beispiel 1

Eine Facharbeiterfamilie mit 2 Kindern und einem Jahresbruttoeinkommen von rund 50 000 DM erstellt ein Reihenhauses. Die Gesamtkosten des Objekts betragen 300 000 DM, davon 60 000 DM für das Grundstück.

Die Familie erhält neben der steuerlichen Förderung direkte Fördermittel nach dem

2. Förderweg des sozialen Wohnungsbaus.

Die steuerliche Förderung nach der Neuordnung beträgt rund 31 000 DM. Die Vorteile aus der Direktförderung summieren sich in den ersten 15 Jahren auf rund 47 000 DM.

Die Gesamtförderung beträgt in den ersten 15 Jahren rund 78 000 DM.

Beispiel 2

Die Familie eines leitenden Angestellten mit 1 Kind und einem Jahresbruttoeinkommen von rund 90 000 DM erwirbt ein Einfamilienhaus. Die Gesamtkosten des Objekts betragen 400 000 DM, davon 80 000 DM für das Grundstück. Die steuerliche Förderung beträgt rund 53 000 DM. Mittel aus der Direktförderung werden angesichts der Höhe des Einkommens nicht gewährt.

Die Gesamtförderung beträgt rund 53 000 DM.

Fördermöglichkeiten für Energiespartechnologien, Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Stadtsanierung und Denkmalschutz bleiben erhalten

Erhalten bleiben auch nach der Neuregelung die steuerlichen Fördermöglichkeiten für bestimmte Energiespartechnologien, für Modernisierungsmaßnahmen im Rahmen der Stadtsanierung und für den Denkmalschutz. Durchgesetzt, so Minister Schneider, habe sich hier die Erkenntnis, daß diese Förderung wesentlicher Bestandteil einer Politik für umweltschonende Energiesparmaßnahmen, für Stadterneuerung und Denkmalschutz sei. Diese Entscheidung trage auch der zunehmenden bauwirtschaftlichen Bedeutung von Baumaßnahmen im Bestand Rechnung. Immerhin betreffe diese Förderung ein jährliches Bauvolumen von rund 2 Milliarden DM.

■ PRIVATISIERUNG

Weitere Schritte sollen folgen

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die Teilprivatisierung von fünf Unternehmen beschlossen, die sich mehrheitlich im Besitz des Bundes befinden. Offen ist noch der von Stoltenberg geplante Abbau der Bundesbeteiligung an der Lufthansa auf 55 Prozent von jetzt knapp 80 Prozent. Dazu bedarf es noch eines Koalitionsgesprächs mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß.

Es ist vorgesehen, die Beteiligung des Bundes an nachstehenden Unternehmen zu verringern:

VIAG AG:

in einem ersten Schritt um mindestens 25 v. H. bei gleichzeitiger Börseneinführung;

Volkswagenwerk AG:

bei der durch Nichtteilnahme an kapitalstärkenden Maßnahmen der Bundesanteil auf rund 14 v. H. sinken wird;

Prakla-Seismos GmbH:

unter Wahrung der Neutralität und Unabhängigkeit der Gesellschaft. (Der Bund bleibt zunächst maßgebend beteiligt);

Deutsche Pfandbriefanstalt:

auf eine einfache Mehrheitsbeteiligung;

Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank:

auf eine einfache Mehrheitsbeteiligung;

Deutsche Lufthansa AG:

über besondere Probleme wird noch ein weiteres Koalitionsgespräch geführt, das alsbald nach Klärung der in Prüfung befindlichen Sachfragen stattfinden wird.

Vor der beabsichtigten Verringerung des

Bundesanteils sind noch weitere Untersuchungen erforderlich bei:

Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG):

bei der noch offen ist, ob Anteile an der Obergesellschaft oder ein Teilbereich veräußert werden;

Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH:

Beteiligungen der Bundesbahn:

Schenker & Co GmbH, Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG, Deutsches Reisebüro GmbH — DER — und amtliches bayerisches Reisebüro GmbH — abr).

Die Bemühungen um eine Reprivatisierung der Deutschen Industrieanlagen GmbH — DIAG werden fortgesetzt.

Das Kabinett hat dem Vorschlag zugestimmt, in dieser Legislaturperiode bis zum 31. März 1987 vorrangig die genannten Beteiligungen des Bundes an Unternehmen zu verringern.

Zur Verabschiedung des Privatisierungskonzeptes durch das Bundeskabinett erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann: Die Bundesregierung setzt damit die mit der Reduzierung der Bundesbeteiligung bei VEBA 1983 begonnene Privatisierungspolitik fort. Die Bundestagsfraktion geht davon aus, daß als nächster Schritt die acht zur Privatisierung vorgesehenen Unternehmen daraufhin überprüft werden, ob das Bundesinteresse an der bisherigen Beteiligungshöhe gerechtfertigt ist. Diese Untersuchungen sollten sobald als möglich abgeschlossen sein, damit weitere Schritte zur Privatisierung eingeleitet werden können.

■ FRAKTION

Fraktionsspitze in ihren Ämtern bestätigt

Der CDU-Teil der CDU/CSU-Fraktion hat für die zweite Hälfte der Legislaturperiode die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden neu gewählt:

Arbeitsbereich 1

(Recht, Inneres, Umwelt und Sport)

Dr. Karl Miltner (wie bisher)

Arbeitsbereich 2

(Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Verkehr, Post und Fernmeldewesen; Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

Hansheinz Hauser (wie bisher)

Arbeitsbereich 4

(Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit)

Adolf Müller (Remscheid) (wie bisher)

Arbeitsbereich 5

(Auswärtiges, Verteidigung, Deutschlandpolitik, Berlinfragen, Wirtschaftliche Zusammenarbeit)

Volker Rühle (wie bisher)

Arbeitsbereich 6

(Forschung und Technologie; Bildung und Wissenschaft)

Dr.-Helga Wex (wie bisher)

Arbeitsbereich 3

(Finanzen, Haushalt, Steuern)

Karl-Heinz Spilker (CSU) (wurde bereits am 11. Januar 1985 in Wildbad Kreuth gewählt)

Die Gesamtfraktion hat per Akklamation einmütig die bisherigen Arbeitsgruppenvorsitzenden (Sprecher) und ihre Stellvertreter (Obleute) in den Ämtern bestätigt, mit Ausnahme der Arbeitsgruppe 13 (Verteidigung). Für den ausgeschiedenen Vor-

sitzenden Willy Weiskirch wurde der Abgeordnete Willy Wimmer (Neuss) gewählt. Sein Stellvertreter (Obmann) ist der Hamburger Abgeordnete Klaus Francke.

■
Auf Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger, hat der CDU-Teil der CDU/CSU-Fraktion die Parlamentarischen Geschäftsführer

1. Parlamentarischer Geschäftsführer Rudolf Seiters

Parlamentarischer Geschäftsführer Friedrich Bohl

Parlamentarischer Geschäftsführer Agnes Hürland

und Prof. Dr. Dr. h. c. Mikat als Justitiar für weitere zwei Jahre in ihrem Amt bestätigt.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Wolfgang Bötsch, ist für die Dauer der ganzen Legislaturperiode gewählt. ■

14 000 arbeitslose junge Männer wurden zum 1. April Soldat

Die Kreiswehrrersatzämter haben zum 1. April bundesweit rund 47 000 Wehrpflichtige zur Ableistung des 15monatigen Grundwehrdienstes einberufen. Sie konnten dabei rund 14 000 arbeitslose junge Männer berücksichtigen. Nach einem Bericht des Präsidenten des Bundeswehrverwaltungsamtes in Bonn legt ein großer Teil der arbeitslosen Wehrpflichtigen Wert auf eine möglichst umgehende Einberufung zur Bundeswehr. Sie wollen so die Arbeitslosigkeit überbrücken und erwarten nach Ableistung des Wehrdienstes eine bessere Ausgangslage bei der Suche nach einem Arbeitsplatz.

■ MITTELSTANDSKONGRESS

Mehr Privat – weniger Staat

Auf diesem 3. Fachkongreß für die freien Berufe der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am 27. März 1985 in Bonn ging es um die Privatisierung staatlicher Dienstleistungen und unternehmerischer Betätigungen. Es dürfe nicht bei der sicher begrüßenswerten Privatisierung von Bundesunternehmen bleiben, wie sie das Kabinett nun auf Vorschlag Stoltenbergs beschlossen hat, sondern Privatisierung sei eine permanente Aufgabe, um den Staat auf seine eigentlichen Aufgaben zurückzuführen, Tätigkeitsfelder den wirtschaftenden Bürgern zurückzugeben und damit mehr Freiheit für alle zu schaffen, so der Vorsitzende des Beirats „Freie Berufe“ und stellvertretende Bundesvorsitzende, Hansjürgen Doss, MdB.

Auch Bundesbauminister Oscar Schneider und Prof. Volrad Deneke, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, die am Vormittag in die Thematik einführten, beschäftigten sich mit „Grenzen des Staates“ (Deneke) und dem Abbau bürokratischer Hemmnisse und Rückführung des Staates auf seine Aufgaben (Schneider).

Auf diesem Gebiet ist über Stoltenbergs Privatisierungsvorschlag hinausgehend von dieser Bundesregierung schon einiges geleistet worden, insbesondere im Baurecht, auf das Bundesbauminister Schneider einging. Aber auch für die freien Berufe weist die Zwischenbilanz nach zwei Jahren Regierung Helmut Kohl erfreuliche Aktivposten aus. Dies stellte

Hansjürgen Doss heraus, der selber Freiberufler, nämlich Architekt, ist. Er erinnerte:

- die Mindestsatzbegrenzung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure ist wieder eingeführt,
- die Novellierung der Honorarordnung für Ingenieure (HOAI) hat stattgefunden,
- das Nebentätigkeitsbegrenzungsge-
setz, das zu einer drastischen Einschränkung der Nebentätigkeit führen wird, ist seit dem 1. März 1985 in Kraft,
- das TÜV-Monopol wurde aufgebrochen, die freien Sachverständigen werden neue Tätigkeitsfelder hinzubekommen.

So konnte Doss resümieren: „Kaum eine andere Gruppe unserer Gesellschaft kann eine solche Leistungsbilanz vorweisen. Die Regierung Kohl hat sich für die freien Berufe ausgezahlt.“

Die nachmittägliche Podiumsdiskussion und Aussprache mit dem Plenum rundeten die Thematik ab. Der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Prof. Dr. Gerhard Zeitel, ließ es sich nicht nehmen, alle Teilnehmer anschließend zu einem kleinen Empfang einzuladen.

Die Teilnehmer des Fachkongresses bezogen sich auf Aussagen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 4. Mai 1983 und verabschiedeten eine Resolution mit den folgenden vier Forderungen, die nach ihrer Überzeugung auch das drängende Problem der Nachwuchsschwemme in den freien Berufen lindern können:

- Ein zeitlicher Stufenplan soll Auskunft darüber geben, welche öffentlichen

Dienstleistungen auf freie Berufe übertragen werden sollen,

— Umsetzung der von den Verbänden der freien Berufe gemachten Privatisierungsvorschläge,

— keine neuen Aufgaben für die öffentliche Hand, die auch von Privaten erledigt werden können,

— regelmäßige Ausschreibungen nicht-hoheitlicher Leistungen. ■

Bonn zur Elbgrenz-Diskussion: Die SPD fällt uns in den Rücken

Das Verhalten der SPD in der Elbgrenz-Frage ist als Verstoß gegen gebotene Solidarität der Bonner Parteien gewertet worden. Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, nannte es „schlimm“, daß die Sozialdemokraten mit ihrer öffentlich geäußerten Ansicht, daß die innerdeutsche Grenze auf dem Abschnitt zwischen Lauenburg und Schnackenburg in der Strommitte verlaufe, der Bundesregierung „in den Rücken fällt“. Von SPD-Seite werde nicht das Konzept Bonns und Niedersachsens verteidigt, sondern es werde „die DDR unterstützt“.

Die SPD-Forderung nach neuen Verhandlungen mit der DDR über den Verlauf der Elbgrenze wurden vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Uwe Barschel strikt abgelehnt. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ erklärte Barschel, der auf ein „Gutachten“ des Berliner Politikologieprofessors Dieter Schröder gestützte Vorstoß der Sozialdemokraten ziele offensichtlich darauf ab, aus parteitaktischen Gründen der Bundesregierung Schwierigkeiten zu bereiten. Dieser Vorstoß richte großen Schaden an, weil er nur die Verhandlungsposition der DDR in dieser Frage stärke und Gespräche in anderen Themenbereichen — wie Umwelt, Kultur und Verkehr — erschwere.

■ KULTUR

Gespräch mit dem Deutschen Kulturrat

Am 26. März 1985 fand auf Einladung der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Helga Wex, ein Gespräch der Mitglieder des Fraktionsgesprächskreises „Kunst und Kultur“ mit dem Sprechergrremium des Deutschen Kulturrates, einer Dachorganisation von rund 150 bundesweiten Kultur- und Medienorganisationen, statt.

Themen dieser ersten Unterredung waren die Bemühungen der CDU/CSU um die Schaffung kulturfreundlicher Rahmenbedingungen, vor allem im Steuerrecht, sowie Fragen der in der Ausschüßberatung befindlichen Urheberrechts-Novelle und der Medienpolitik.

„In der Frage des kulturfreundlichen Steuerrechts sind die Dinge endlich in Bewegung gekommen“, stellte Helga Wex fest. „Die Bundesregierung hat zugesagt, alsbald dem Bundestag zur Prüfung einzelner steuerrechtlicher Maßnahmen zu berichten. Der Bundesrat hat auf Initiative CDU-geführter Bundesländer einen Gesetzentwurf zur Vermögen-, Einkommen- und Körperschaftsteuer vorgelegt, der deutlich macht, daß es in diesen Fragen keine Ablehnung der Länder im Prinzipiellen gibt. Der von mir am 19. November 1984 auf den dritten kulturpolitischen Symposium der Fraktion in Mülheim vorgelegte Vorschlag eines steuerpolitischen Stufenplanes wird daher weiterverfolgt werden.“

■ BUNDESPARTEI

Kontakte mit der Democrazia Cristiana sollen verstärkt werden

Die CDU hat ihre Kontakte zur italienischen Schwesterpartei Democrazia Cristiana weiter vertieft. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, und der stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Außenpolitik, Elmar Brok, MdEP, haben im Auftrag des Bundeskanzlers in der vergangenen Woche der Parteiführung der DC einen Besuch gestattet und dem Bundesfachausschuß Außenpolitik darüber Bericht erstattet.

Die Delegation hatte Gelegenheit zu Gesprächen mit dem Präsidenten der Partei, Picolli, dem Parteisekretär de Mita und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Forlani. Inhalt der Gespräche war eine Vertiefung der langjährigen Beziehungen zwischen CDU und Democrazia Cristiana und insbesondere eine engere Abstimmung in den Bereichen der Europapolitik, der West-Ost-Beziehungen, der Sicherheitspolitik und der Deutschlandpolitik. MdB Rühle unterrichtete die Führung der Democrazia Cristiana insbesondere über die Grundlinie in der Deutschlandpolitik der CDU.

Parteipräsident Picolli betonte, daß diese Politik der CDU, die über eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts zu einer Vervollendung der deutschen Einheit strebe, von der Democrazia Cristiana voll geteilt werde. In der Europapolitik waren beide Seiten sich einig, daß in den kom-

menden Monaten bis zu dem Europäischen Rat in Mailand ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einer Europäischen Union getan werden muß. Im Bereich der Sicherheitspolitik begrüßten beide Seiten die Intensivierung der Gespräche im West-Ost-Verhältnis seit der Aufnahme der Verhandlungen über Rüstungskontrollfragen in Genf Anfang dieses Jahres. Sie sprachen sich für eine enge Zusammenarbeit und Konsultationen mit den USA in allen Bereichen der Sicherheitspolitik, insbesondere auch in den Forschungen im Rahmen der strategischen Verteidigungsinitiative aus.

Beide Seiten vereinbarten, daß Arbeitsgruppen sich mit der Abstimmung der Europapolitik und der Sicherheitspolitik zwischen beiden Parteien befassen sollen. Bei der Arbeitsgruppe Europapolitik, die von Elmar Brok geleitet wird, werden die beiderseitigen Positionen noch im Frühjahr festgelegt; eine Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik unter Leitung von Volker Rühle wird im Herbst zusammentreten, um die Entwicklung der Sicherheitspolitik zu besprechen. Die CDU-Delegation lud die Führung der Democrazia Cristiana im Auftrag des Parteivorsitzenden zu einer baldigen Begegnung auf Spitzenebene ein. Diese Einladung wurde von italienischer Seite angenommen.

Die Delegation traf ferner zusammen mit dem ehemaligen Außen- und Finanzminister Colombo, dem Präsidenten des Senats, Cossiga, dem Fraktionsvorsitzenden der DC im Senat, Mancino, sowie dem Fraktionsvorsitzenden in der Kammer, Rognoni.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

■ TERMINE

- 9./12. 4. **OMV**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
10. 4. **LV Braunschweig**
Landesausschuß, Braunschweig
13. 4. **LV Oldenburg**
Landesparteitag, Oldenburg
13. 4. **LV Braunschweig**
Landesparteitag, Salzgitter
13. 4. **LV Westf.-Lippe**
Kongreß: „NRW in der
Weltwirtschaft“, Gütersloh
15. 4. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn
17. 4. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführerkonfe-
renz, Bonn
20. 4. **CDA Braunschweig**
Landestagung, Goslar
22. 4. **CDU-Bundevorstand**
Sitzung, Bonn
- 26./27. 4. **MIT Bund**
30. Bundeskongreß,
Hamburg/CCH
27. 4. **Frauenvereinigung**
Schleswig-Holstein,
Delegiertentag,
Kiel
- 28.4./4. 5. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitisches Seminar,
Berlin
29. 4. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
- 3./4. 5. **CDU Niedersachsen**
Landesparteitag, Oldenburg
6. 5. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand, Stuttgart
8. 5. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen
- 10./11. 5. **BV Südbaden**
Bezirksparteitag, Müllheim
- 10./11. 5. **BV Nordwürttemberg**
Bezirksparteitag,
Ludwigsburg-Oss
11. 5. **LV Bremen**
Landesparteitag,
Vahr/Bürgerzentrum
12. 5. **Landtagswahl**
Nordrhein-Westfalen
13. 5. **CDU Präsidium**
Sitzung, Bonn
13. 5. **CDU Bundesvorstand**
Sitzung, Bonn
18. 5. **MIT Hessen**
Landesmittelstandtag,
Hausen
22. 5. **CDU Bund**
Landesgeschäftsführer-
konferenz, Bonn
1. 6. **LV Schleswig-Holstein**
Landesparteitag,
Lübeck-Travemünde
3. 6. **LV Baden-Württemberg**
Landesvorstand, Stuttgart
6. 6. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID